Die großen Jahrestage

Zweite Republik 3
Staatsvertrag 9
Bundesheer 11
UNO 13
EU-Beitritt 14

Kultur im Aufbruch

Wiener Staatsoper 19
Burgtheater 20
Fernsehen in Österreich 22
Spanische Hofreitschule 24

Österreich in der Welt

45 Jahre Peace-Keeping 27
Helsinki-Schlussakte 28
Charta von Paris 30
Bertha von Suttner 31

www.oesterreich2005.at

Die großen Jahrestage

Jubelnde Menschen säumten den Weg, als Staatskanzler Karl Renner (links) und Bürgermeister Theodor Körner (Mitte) am 29. April 1945 vom Wiener Rathaus zum ersten Mal ins Parlament gingen. (Foto: BAA/ÖGZ)

27. April 1945

60 Jahre Zweite Republik

AUFSTIEG AUS DEN RUINEN

Wien am 27. April 1945. Kein Radiosender, zwei Tageszeitungen unter sowjetischer Militärkontrolle, Hunger überall, der Stephansdom ausgebrannt, Staatsoper und Burgtheater zerbombt, 70.000 Wohnungen zerstört, Wasser-, Gas-, Stromleitungen, Straßenbahnlinien unterbrochen.

Zwischen Anfang April und dem 8. Mai 1945 endeten für Österreich sieben Jahre nationalsozialistischer Zwangsherrschaft. Österreich war in »Reichsgaue« zerschlagen und an Nazi-Deutschland angeschlossen gewesen. Nun stand das Hitler-Reich vor seinem Zusammenbruch. Die Rote Armee befreite Wien, die US Forces marschierten schon Richtung München, Garmisch, Salzburg. Am 27. April 1945 verkündete die provisorische Regierung die Selbständigkeit Österreichs. Das war drei Tage vor dem Selbstmord Adolf Hitlers und knapp zwei Wochen vor der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht.

Der Zweite Weltkrieg hatte über 25 Millionen Soldaten den Tod gebracht, weitere 20 bis 30 Millionen Menschen haben als Opfer im Holocaust, bei Luftangriffen, im Widerstand, bei Vergeltungsmaßnahmen und auf der Flucht ihr Leben verloren.

An diesem 27. April 1945 trat wiederum Dr. Karl Renner an die Spitze der Republik, so wie schon 1918, nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die provisorische Staatsregierung unter der Führung des 74 Jahre alten Sozialdemokraten hatte im Frühjahr 1945 nur dort Macht und Gewicht, wo auch die Rote Armee stand: in Wien, Niederösterreich, im nördlichen Oberösterreich, im Norden der Steiermark und im Burgenland. Im Westen Österreichs, wo die Amerikaner und Franzosen eingerückt waren, und im Süden, der von den Briten befreit wurde, bildeten sich unter der Aufsicht der Besatzungsmächte rasch wieder die Landesregierungen von Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Oberösterreich, Steiermark, Kärnten.

Die Anfänge der Republik

In Wien stellten die Sowjets Theodor Körner, Leopold Kunschak und Karl Steinhardt an die Spitze der Stadtverwaltung – einen Sozialdemokraten, einen Christlichsozialen und einen Kommunisten. Dieses Drei-Parteien-Modell (»Dreifaltigkeitsformel«) bestimmte die ersten sowjetischen Weichenstellungen für Österreich. Die in

Menschenmenge auf der Ringstraße, als die provisorische Bundesregierung am 29. April 1945 ins Parlament einzog. (Foto: BAA/ÖGZ)

der provisorischen Regierung vereinten drei politischen Parteien – Sozialdemokraten, Christlich-Konservative, Kommunisten – erklärten am 27. April den »Anschluss« von 1938 für null und nichtig und setzten die Verfassung von 1920 in der Fassung von 1929 wieder ein.

In ihrer Unabhängigkeitserklärung erinnerten sie daran, dass mit der »völligen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Annexion des Landes« das »macht- und willenlos gemachte Volk Österreichs« in einen Krieg gezwungen wurde, »den kein Österreicher jemals gewollt hat, jemals vorauszusehen oder gutzuheißen instand gesetzt war …«; zugleich berief sich diese Regierung auf das Votum der 1945 als Befreier einmarschierten Alliierten aus dem Jahr 1943, die »Moskauer Dekla-r-ation«: Österreich war darin genannt als das »erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte«.

Aber Österreich wurde 1943 in Moskau auch darauf aufmerksam gemacht, »dass es für die Beteiligung am Krieg auf Seiten Hitler-Deutschlands Verantwortung trägt, und dass sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung zu berücksichtigen sein wird.« Am 27. April 1945 wurden aus deutschen

Staatsbürgern wieder Österreicher: »Von diesem Tag an stehen alle Österreicher wieder im staatsbürgerlichen Pflicht- und Treueverhältnis zur Republik Österreich«, forderte die Unabhängigkeitserklärung.

Seit 1933 die NSDAP in Österreich von Bundeskanzler Dollfuß verboten worden war, hatte es mehr als 100.000 »Illegale« gegeben, die den »Anschluss« an das Deutsche Reich vorbereiteten. Doch erst der massive Druck aus Berlin führte den Anschluss herbei: Hitlers Truppen besetzten am 12. März 1938 Österreich. Die Großmächte haben gegen diesen Anschluss 1938 nicht protestiert und ihn zunächst zur Kennntis genommen. Diese Haltung änderte sich mit der Fortdauer des Krieges aber nach und nach und in der »Moskauer Deklaration« von 1943 wurde die Ungültigkeit des Anschlusses von den drei Großmächten auch formell zum Ausdruck gebracht. Sie brachten Österreich die Freiheit zurück – an manchen Punkten unter Mithilfe österreichischer Widerstandskämpfer. Am 29. März erreichten die sowjetischen Truppen

»Ich kann Euch zu Weihnachten nichts geben, ich kann Euch für den Christbaum, wenn ihr überhaupt einen habt, keine Kerzen geben, kein Stück Brot, keine Kohle, kein Glas zum Einschneiden. Wir haben nichts. Ich kann Euch nur bitten, glaubt an dieses Österreich!«

Leopold Figl, Weihnachtsansprache 1945

Bundeskanzler Leopold Figl hält 1945 im schwer beschädigten Bundeskanzleramt eine vom Radio übertragene Weihnachtsansprache. (Foto: BPD)

österreichischen Boden in Klostermarienberg (Burgenland). Wien wurde zwischen dem 6. und 13. April in verlustreichen Kämpfen erobert.

Die Siegermächte richteten zur Koordination ihrer Interessen den Alliierten Rat ein. Er tagte zum ersten Mal am 11. September 1945 im Haus der Industrie am Schwarzenbergplatz, der nun Stalinplatz hieß. Die Länderkonferenzen vom September und Oktober 1945 brachten den Eintritt der westlichen Bundesländer in die Regierung und sicherten die Einheit Österreichs.

Erst jetzt, am 20. Oktober, wurde die Staatsregierung unter Karl Renner vom Alliierten Rat anerkannt. Diese Vier-Mächte-Legitimation ersetzte die bis zu diesem Zeitpunkt vorhandene sowjetische Anerkennung.

Erste Nationalratswahl

Mit der Nationalratswahl am 25. November 1945 – an der Nationalsozialisten nicht mitwählen durften – wurde erstmals wieder eine Bundesregierung auch durch Volksentscheid legitimiert. Die Kommunisten erreichten nur fünf Prozent der Stimmen, über neunzig Prozent vereinten die Österreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei Österreichs auf sich.

Am 20. Dezember 1945 tagte erstmals die neue Regierung unter Bundeskanzler Ing. Leopold Figl, dem Parteiobmann der ÖVP.

Gründung der politischen Parteien und des ÖGB

Am 17. April 1945 kamen im Wiener Schottenstift Vertreter von Bauern, Gewerbetreibenden und christlichen Arbeitnehmern, an ihrer Spitze Leopold Figl, Julius Raab und Leopold Kunschak, zusammen, um eine neue bürgerliche Sammelpartei, die ÖVP, zu gründen. Die Sozialisten knüpften unmittelbar an ihre Tradition der Jahre an und formierten sich am 14. April 1945. Die Kommunisten hatten in der Illegalität weiter bestanden und wurden ebenfalls im April 1945 als Partei anerkannt.

»Wir stehen mit leeren Händen vor euch, wir können euch für die nächste Zeit nichts anderes geben als die Aussicht auf viel und schwere Arbeit, auf Kummer und Not.«

Johann Böhm, ÖGB-Vorsitzender, 1945

Am 15. April 1945 trafen im Direktionssaal im Wiener Westbahnhof Gewerkschaftsfunktionäre zusammen, die den Krieg überlebt hatten. Sie gründeten den »Österreichischen Gewerkschaftsbund« (ÖGB), der die früheren einander bekämpfenden »Richtungsgewerkschaften« der einzelnen Parteien ersetzte. Die Arbeiter und Angestellten sollten ohne Unterschied ihrer Weltanschauung eine überparteiliche, einheitliche Interessenvertretung bekommen.

Am 30. April bewilligte die sowjetische Militärkommandantur die Neu-

gründung. Noch am selben Tag wurde auch die erste Führung des ÖGB bekannt gegeben. Wie im Wiener Rathaus und in der provisorischen Regierung Karl Renners waren darin die drei Parteien vertreten: Provisorischer Vorsitzender wurde der sozialistische Gewerkschafter Johann Böhm, erster Stellvertreter der Kommunist Gottlieb Fiala, zweiter Stellvertreter der christliche Gewerkschafter Lois Weinberger.

Am 20. Juli 1945 wurde in einem der ersten Gesetze der Zweiten Republik die Wiedererrichtung der Kammern für Arbeiter und Angestellte beschlossen. Bis Ende 1945 wuchs der ÖGB auf 300.000 Mitglieder an.

60 Jahre Befreiung von Mauthausen

Am 5. Mai 1945 erreichte eine Panzer-Patrouille der 11. Division der 3. US Armee in Begleitung eines Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz das Konzentrationslager Mauthausen.

Zwischen 1938 und 1945 waren hier und in zahlreichen Nebenlagern mehr als 200.000 Menschen aus ganz Europa zusammengetrieben worden, jeder zweite Zwangsarbeiter fiel der um die Granitsteinbrüche von Mauthausen aufgerichteten Vernichtungsmaschinerie der SS zum Opfer.

Den Amerikanern bot sich ein Bild des Grauens. 20.000 Überlebende wurden gezählt. Sie stammten aus zwanzig Ländern, die meisten aus Polen und Russland. Unter den Überlebenden war der polnische Architekt Simon Wiesenthal, der bald mit der Aufklärung und Dokumentation nationalsozialistischer Verbrechen und der weltweiten Verfolgung der Täter begann. Am 5. Mai 1945 wurden auch die Nebenlager Gusen, Linz, Gunskirchen, Lenzing, Steyr und einen Tag später das Lager Ebensee von amerikanischen Soldaten befreit.

Das Gelände des Konzentrationslagers Mauthausen wird als nationale Gedenkstätte (»Mauthausen Memorial«) in Zusammenarbeit mit den Opferorganisationen durch das Bundesministerium für Inneres betreut. 2003 wurde in der KZ-Gedenkstätte ein weitläufiges Besucherzentrum eingerichtet.

KZ Mauthausen, Lagertor. Am 6. Mai 1945 feiern die Überlebenden ihre Befreiung. (Foto: Mauthausen Komitee Österreich)

15. Mai 1955

50 Jahre Staatsvertrag

ÖSTERREICH IST FREI!

Rotweißrote Flaggen wehten von allen Amtsgebäuden in ganz Österreich und unzähligen privaten Häusern: Österreich ist wieder frei, nach sieben Jahren nationalsozialistischer Diktatur und zehn Jahren militärischer Besetzung durch amerikanische, britische, französische und sowjetische Truppen. Am 15. Mai 1955 wurde im Schloss Belvedere der Österreichische Staatsvertrag von den Außenministern der vier Besatzungsmächte sowie vom österreichischen Außenminister Leopold Figl unterschrieben. Nach dem Staatsakt im Marmorsaal des Schlosses trat Leopold Figl mit dem lange ersehnten Dokument in Händen auf den Balkon und rief der im Park jubelnden Menge zu: »Österreich ist frei!«.

Österreich war frei. Nach den Regeln des Völkerrechts war zwischen den Alliierten und Österreich kein »Friedensvertrag« abzuschließen, weil sich Österreich, das seit dem Anschluss als handlungsfähiger Staat nicht mehr existierte, nicht in einem Kriegszustand mit den Alliierten befand. Dem »Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs« waren jahrelange Verhandlungen vorausgegangen. Noch während des Kriegs, in der »Moskauer Deklaration« vom 30. Oktober 1943, einigten sich Großbritannien, die UdSSR und die USA über ihre besonderen Verpflichtungen gegenüber Österreich, weil das Land das erste Opfer von Hitlers Angriffspolitik geworden war; zugleich wurden eine Mitverantwortung sowie die Pflicht eines eigenen Beitrags zur Befreiung betont.

Die Alliierten hatten das Bundesgebiet in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Vorarlberg und Nordtirol wurde von Frankreich kontrolliert, Osttirol, Kärnten und die Steiermark von Großbritannien, Salzburg sowie Oberösterreich südlich der Donau von den USA, Oberösterreich nördlich der Donau (Mühlviertel), Niederösterreich und Burgenland von der Sowjetunion. Wien war viergeteilt. Die Innenstadt aber stand unter gemeinsamer Aufsicht. Symbol dieser Allianz waren die »Vier im Jeep«: Soldaten in den Uniformen der vier Siegermächte. Das »Haus der Industrie« in Wien am Schwarzenbergplatz

»Österreich ist frei!«: Leopold Figl auf dem Balkon von Schloss Belvedere in Wien am 15. Mai 1955 mit den Außenministern Harold Macmillan (Großbritannien, 2. v. l.), John Foster Dulles (USA, 4. v. l.), Antoine Pinay (Frankreich, 5. v. l.) sowie zwischen Vizekanzler Adolf Schärf und Bundeskanzler Julius Raab – Wjatscheslaw Molotow (Sowjetunion, 3. v. r.). (Foto: Erich Lessing)

Glückliche Österreicher am 15. Mai 1955 im Park von Schloss Belvedere. (Foto: Erich Lessing)

wählte der Alliierte Rat als seinen Sitz. Er hatte anfangs die absolute Kontrolle über die österreichische Gesetzgebung und Verwaltung, minderte aber im Laufe der Jahre seine Machtbefugnisse zugunsten österreichischer Organe und Behörden (1. und 2. Kontrollabkommen). Ebenso wurde die Zahl der Besatzungssoldaten reduziert: auf 20.000 insgesamt bei den West-Alliierten und 40.000 bei den Sowjets.

Heimkehr aus Moskau

Nach jahrelangen Verhandlungen wurde bei Gesprächen in Moskau vom 12. bis 15. April 1955 der Durchbruch erzielt und der österreichischen Delegation im »Moskauer Memorandum« der Staatsvertrag zugesichert. Bundeskanzler Julius Raab, Vizekanzler Adolf Schärf, Außenminister Leopold Figl und sein Staatssekretär Bruno Kreisky wurden am selben Tag nach ihrer Landung auf dem Flugplatz Bad Vöslau stürmisch gefeiert.

In den Tagen unmittelbar vor der Unterzeichnung am 15. Mai wurden in Wien heikle Details über Reparationslieferungen an die Sowjetunion als Kompensation für Besatzungskosten und die Übernahme deutschen Eigentums durch die Republik ausverhandelt.

Neben den zentralen politischen Punkten wie Freiheit, Unabhängigkeit, territoriale Unversehrtheit und dem Verbot eines Anschlusses an Deutschland wurden auch die Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten festgeschrieben. Breiten Raum nahmen im Vertragswerk Bestimmungen über Rückstellungen, Entschädigungen und künftige wirtschaftliche Beziehungen ein. Als völkerrechtliches Vertragswerk wurde der Staatsvertrag im Juni vom österreichischen Nationalrat und nacheinander von den Alliierten ratifiziert. Am 27. Juli 1955 trat er in Kraft. Binnen neunzig Tagen hatten die Besatzungstruppen das Land zu räumen.

Am 22. Oktober formierten sich auf dem Schwarzenbergplatz/Stalinplatz in Wien Truppenkörper der Alliierten zur Abschiedsparade. Neben den vier Hochkommissaren standen bereits Bundeskanzler Raab und Vizekanzler Schärf auf den Ehrenplätzen. Dann wurden die Flaggen der vier Mächte eingeholt.

7. September 1955

50 Jahre Österreichisches Bundesheer

Mit dem »Wehrgesetz« vom 7. September 1955 und der darin festgeschriebenen allgemeinen Wehrpflicht begründete die Zweite Republik ihr Bundesheer. Es sollte die Souveränität und Integrität des Staates schützen, die im Österreichischen Staatsvertrag wiederhergestellt worden war. Für den Präsenzdienst wurde die Dauer von neun Monaten festgelegt. Am 21. Dezember 1955 tagte zum ersten Mal der Landesverteidigungsrat.

Noch ehe am 15. Oktober 1956 die ersten 12.800 Wehrpflichtigen in die Kasernen einrückten, hatte sich das Bundesheer bereits in geringer Mannstärke formiert und – überwiegend aus zurückgelassenen amerikanischen Beständen – motorisiert und bewaffnet. Es rekrutierte sich aus der am 1. August 1952 gegründeten »B-Gendarmerie«, die sich aus ehemaligen Heeres- und aktiven Gendarmerieangehörigen sowie jungen Hilfsgendarmen zusammensetzte.

Österreich bekommt mit der Souveränität wieder ein Bundesheer. Bundeskanzler Julius Raab am 26. September 1955 vor einer Formation im Inneren Burghof in Wien. (Foto: Österreichisches Staatsarchiv)

Mit dem Aufbau dieser kleinen Exekutivtruppe kam Österreich dem Wunsch der westlichen Alliierten entgegen, sofort das Sicherheits-Vakuum nach deren Abzug auszufüllen. Schon am 27. Juli 1955 – dem Tag, da der Staatsvertrag in Kraft trat – wurden die »Gendarmeriegrundschulen« der B-Gendarmerie in provisorische Grenzschutzabteilungen umgewandelt.

Das junge Bundesheer legte seine erste Bewährungsprobe im Herbst 1956 ab, als in Ungarn ein Volksaufstand ausbrach und blutig niedergeschlagen wurde. Vom 24. Oktober bis 22. Dezember war durch Angehörige des Bundesheeres die Grenze gegen Ungarn zu sichern. Der Verlauf der Staatsgrenze wurde mit rotweißroten Fähnchen markiert, flüchtige Soldaten wurden entwaffnet und interniert. Der auf 180.000 Menschen angeschwollene Flüchtlingsstrom, dem Österreich seine Grenzen offen hielt, wurde in Auffang- und Betreuungszonen gelenkt.

Im Juli 1960 begann das Österreichische Bundesheer den ersten Einsatz im Rahmen friedenserhaltender Maßnahmen (Peace-Keeping) der Vereinten Nationen: mit einem Sanitätskontingent im Kongo zur Sicherstellung des belgischen Truppenabzugs und Verhinderung eines Bürgerkriegs.

26. Oktober 1955

50 Jahre österreichische Neutralität

Sofort nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags am 15. Mai 1955 ging die österreichische Regierung daran, alle in Moskau und Wien getroffenen Vereinbarungen zu erfüllen. Dazu gehörte die Neutralität, verbunden mit eigener Verteidigungsbereitschaft. Am Tag vor dem Österreichischen Staatsvertrag, am 14. Mai 1955, war in Warschau das Militärbündnis der Sowjetunion und ihrer Satellitenländer unterzeichnet worden: der »Warschauer Pakt«.

Ursprünglich war das Modell der Neutralität in Österreich nicht unumstritten. Der Gedanke der militärischen Neutralität (nach Schweizer Muster), die nicht gleichbedeutend war mit weltanschaulichem Neutralismus, griff erst allmählich Platz. Nachdem Julius Raab im Frühjahr 1953 die Kanzlerschaft übernommen hatte, war er entschlossen, Einheit und Freiheit bei gleichzeitiger militärischer Neutralität zur Grundlange seiner Verhandlungen mit den Sowjets um den Staatsvertrag zu machen. Noch während der Gespräche in Moskau musste Raab seine österreichischen Mitverhandler davon überzeugen, der Neutralität als Preis für den Staatsvertrag zuzustimmen. Allerdings wurde von Anfang an klargestellt, dass die österreichische Neutralität kein Vertragsbestandteil, sondern ein souveräner Schritt Österreichs sein sollte.

Das Österreichische Bundesheer stellte 1955 wieder eine Garde auf. Die Gardemusik bekam ihr Trommelpferdchen. (Foto: Österreichisches Staatsarchiv)

Am 26. Oktober 1955, einen Tag nachdem der letzte fremde Soldat Österreich verlassen hatte, beschloss der Nationalrat das Verfassungsgesetz über die Neutralität: »Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabgängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen. Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen.«

Der 26. Oktober wurde zunächst alljährlich als »Tag der Fahne« gefeiert. 1965 wurde er durch ein Bundesgesetz zum Nationalfeiertag erklärt. Seit 1967 gilt für den 26. Oktober die gesetzliche Feiertagsruhe.

14. Dezember 1955

50 Jahre Österreich in der UNO

Österreich wurde am 14. Dezember 1955 in die Vereinten Nationen aufgenommen, nach einem Beschluss im Sicherheitsrat wenige Tage zuvor. Der Beitritt war nach Abschluss des Staatsvertrages, durch den Österreich seine volle Freiheit und völkerrechtliche Souveränität errungen hatte, möglich geworden. Gleichzeitig mit Österreich wurden 15 weitere Länder aufgenommen, darunter große europäische, deren Souveränität bisher nicht eingeschränkt gewesen war, wie Spanien, Portugal, Italien.

Mit dem Beitritt bekannte sich Österreich auch zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen 1948. Der kurz nach dem UNO-Beitritt erfolgte Beitritt zum Europarat war ein weiterer Schritt zu einer eigenständigen Interpretation der österreichischen Außenpolitik und der österreichischen Neutralität. Als Folge der Mitgliedschaft im Europarat ab 16. April 1956 trat Österreich auch der Europäischen Menschenrechtskonvention bei.

Internationaler Einsatz des Bundesheeres. (Foto: HBF)

Österreich hatte schon vor seiner Aufnahme einen ständigen Beobachter bei den Vereinten Nationen: den späteren UN-Generalsekretär und Bundespräsidenten Kurt Waldheim. Er war sofort aufgerufen, bei den noch ausstehenden Entscheidungen der Vollversammlung mitzustimmen, so über die Zukunft der Goldküste (Ghana). 1960 erreichte Österreich die erste Einladung, sich an einer UN-Intervention zur Friedenssicherung im Kongo zu beteiligen. Im selben Jahr brachte Österreichs Außenminister Bruno Kreisky die Südtirol-Frage vor die Vereinten Nationen. Der Konflikt wurde erst 1992 mit der Abgabe der Streitbeilegungserklärung in New York beendet.

Wien wird UNO-Sitz

Schon am Rande der ersten Sitzung im Dezember 1955 hatte Österreichs Vertreter Wien als Adresse für Regional- und Unterkommissionen der Vereinten Nationen ins Gespräch gebracht. Die International Atomic Energy Agency (IAEO) hat seit 1957, die United Nations Industrial Development Organization (UNIDO) seit 1967 ihren Sitz in Wien. In den 70-er Jahren wurde Wien neben New York und Genf dritter UNO-Sitz. Im Jahr 1979 wurde in Wien ein ausgedehnter Bürokomplex am Donauufer eröffnet: die »UNO-City«, VIC (Vienna International Center).

10 Jahre Mitglied in der EU

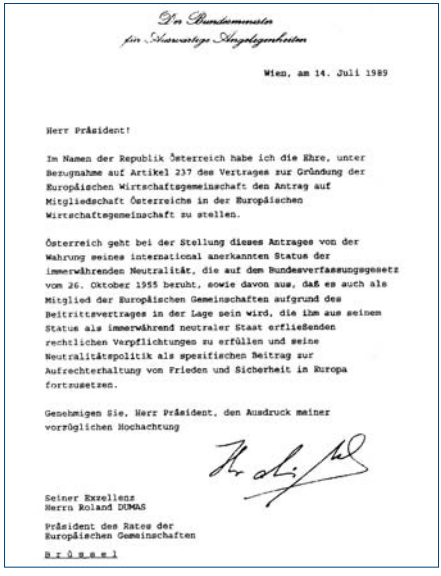
ÖSTERREICH IN EUROPA

Der 1. Jänner 1995 blieb den Österreichern als ein besonderer Jahresbeginn im Gedächtnis: Ab Mitternacht waren sie auch Bürger der Europäischen Union. Am späten Morgen wurde aus dem Wiener Musikverein das Neujahrskonzert weltweit übertragen. Zubin Mehta, der Dirigent, rief den Zuhörern und Zuschauern zu: »Österreich ist heute Mitglied der EU geworden. Die Wiener Philharmoniker und ich wünschen unseren neuen Familienmitgliedern und allen Menschen auf der Welt ein Prosit Neujahr!«

Österreich hat sich immer über seine Position im Herzen Europas definiert. Als die europäische Integration erstmals in der Geschichte konkrete Formen annahm, war Österreich ein vierfach besetztes Land. Nach dem Staatsvertrag und an der Schnittstelle des Kalten Krieges verfügte Österreich nur über geringe Möglichkeiten, sich diesem Prozess anzuschließen, der mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1952 seinen definitiven Anfang genommen hatte.

1958 wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet. Bestrebungen Österreichs, sich mit der EWG zu assoziieren, scheiterten. Daher beteiligte sich Österreich im Jahr 1960 an der Gründung der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA).

Vorausblickende Politiker erkannten, dass sich mit dem Brüchigwerden des Systems der kommunistischen Diktaturen und mit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 neue Chancen für eine große europäische Lösung auftaten. Am 17. Juli 1989 überreichte Außenminister Alois Mock namens der Bundesregierung das



Der Bundesminister
für Auswärtige Angelegenheiten

Wien, am 14. Juli 1989

Herr Präsident!

Im Namen der Republik Österreich habe ich die Ehre, unter Bezugnahme auf Artikel 237 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft den Antrag auf Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu stellen.

Österreich geht bei der Stellung dieses Antrages von der Wahrung seines international anerkannten Status der immerwährenden Neutralität, die auf dem Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 beruht, sowie davon aus, daß es auch als Mitglied der Europäischen Gemeinschaften aufgrund des Beitrittsvertrages in der Lage sein wird, die ihm aus seinem Status als immerwährend neutraler Staat erfließenden rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen und seine Neutralitätspolitik als spezifischen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa fortzusetzen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Seiner Exzellenz
Herrn Roland DUMAS

Präsident des Rates der
Europäischen Gemeinschaften

B r ü s s e l

Der »Brief nach Brüssel« von Außenminister Alois Mock: 1989, noch vor dem Fall des Eisernen Vorhangs, war in Österreich die Entscheidung für Europa gefallen.

Einigung über die Bedingungen des EU-Beitritts am 1. März 1994 in Brüssel: Außenminister Alois Mock (Mitte) mit Europa-Staatssekretärin Brigitte Ederer, Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel, Botschafter Manfred Scheich (v.l.n.r.). Hinter Mock Landwirtschaftsminister Franz Fischler (der spätere EU-Kommissar) sowie Johann Farnleitner (stellvertretender Generalsekretär der Österreichischen Wirtschaftskammer). (Foto: apa)

österreichische Ansuchen um Vollmitgliedschaft in Brüssel. Zur selben Zeit machten sich in Ostmitteleuropa Erosionsprozesse bemerkbar, die den Fall des Eisernen Vorhangs ankündigten. Damit stand Österreich der Weg zu einer Teilnahme an der Europäischen Gemeinschaft offen.

Beitrittsverhandlungen

Eine weitere wesentliche Voraussetzung bildete die politische Lösung des Südtirol-Konflikts. Nachdem Außenminister Alois Mock dem italienischen Botschafter in Wien am 11. Juni 1992 eine Note übergeben hatte, in der Österreich die Erfüllung des Südtirol-Pakets durch Italien formell anerkannte, wurde den Vereinten Nationen in New York die so genannte »Streitbeilegungsurkunde« überreicht.

1993 begann die EG die Beitrittsverhandlungen mit den EFTA-Mitgliedern Österreich, Norwegen, Schweden und Finnland. Aus der EG wurde im selben Jahr mit dem Vertrag von Maastricht die Europäische Union (EU). Über den Zwischenschritt der Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) trieb Österreich die Verhandlungen zügig voran und erreichte im März 1994 den erfolgreichen Abschluss der Beitrittsgespräche.

Diesem folgten die Zustimmung durch das Europäische Parlament und der Beschluss eines Verfassungsgesetzes über den EU-Beitritt im Österreichischen Nationalrat. Am 12. Juni 1994 war die

Musik und Tanz auf dem Wiener Heldenplatz: Ein Sommerfest für Jung und Alt zum Auftakt der erstmaligen österreichischen EU-Präsidentschaft im Juli 1998. (Foto: Harald Hofmeister)

Bevölkerung Österreichs aufgerufen, über den EU-Beitritt zu entscheiden. 66,58 Prozent stimmten mit Ja, eine klare Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen.

Seit 1. Jänner 1995 gelten für die Österreicher die Grundfreiheiten der EU: die Freizügigkeit bei der Wahl des Arbeitsplatzes, die Freiheit der Niederlassung, die Freiheit des Dienstleistungsverkehrs, die Freiheit des Warenverkehrs, die Freiheit des Kapitalverkehrs.

Die Grenzbalken fielen

1998 brachte das Schengen-Abkommen eine wesentliche Reiseerleichterung: Die Grenzbalken zwischen Österreich, Deutschland und Italien wurden abmontiert und die Kontrollen eingestellt. Mit dem Neujahrstag 2002 haben die Euro-Münzen und –Scheine den Schilling, die Lira, die D-Mark und andere nationale Währungen ersetzt. Österreich wird 2005, wenn es zehn Jahre Mitgliedschaft in der EU feiert, eine in der ganzen Eurozone als Zahlungsmittel anerkannte Umlaufmünze mit einem besonderen Bild prägen: Sie wird als Motiv das Staatsvertrags-Dokument zeigen.

Im zweiten Halbjahr 1998 bekleidete Österreich erstmals den Vorsitz in der Europäischen Union und wurde zu einem engagierten Vorreiter der Integration seiner ostmitteleuropäischen Nachbarn. Am

1. Jänner 2006 wird es wieder so weit sein: In der nunmehrigen Union der 25 wird Österreich neuerlich den EU-Vorsitz für ein halbes Jahr innehaben und die Stimme Europas verkörpern.

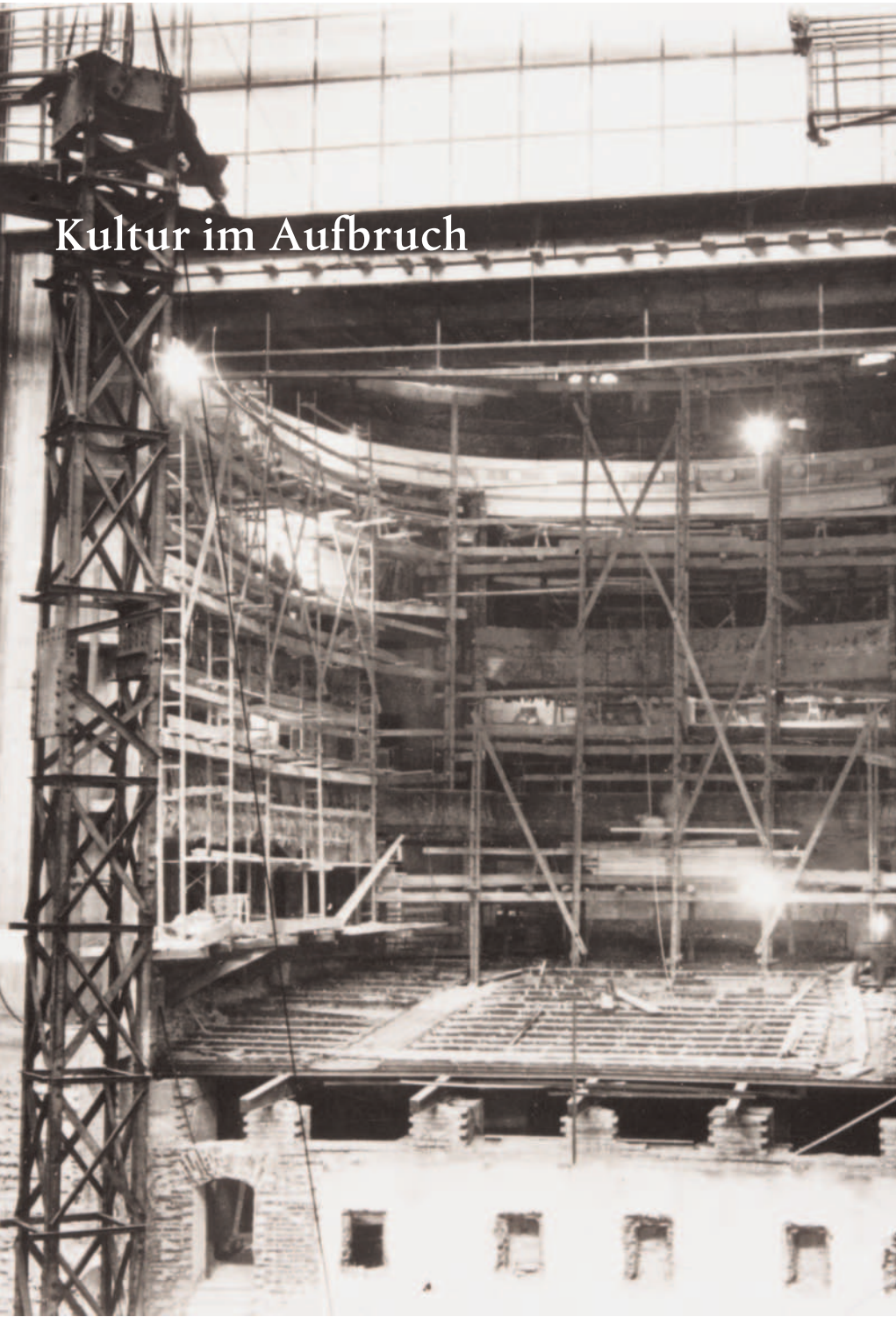
Eine Verfassung für Europa

Am 29. Oktober 2004 unterzeichneten die 25 Regierungschefs und Außenminister der Europäischen Union in Rom den Vertrag über die Europäische Verfassung. Erstmals bekommen damit alle 450 Millionen europäische Bürger gemeinsame und gleiche Grundrechte. Vom Februar 2002 an bereitete ein eigens dazu gebildeter »Konvent« diese Verfassungsgebung vor. Mit der Ratifizierung durch alle Mitgliedsstaaten tritt die Verfassung in Kraft.

Für die ganze Europäsche Gemeinschaft wurde in der neuen Verfassung eine Grundrechte-Charta festgeschrieben. Sie sichert auch Grundrechte, die bisher in den Verfassungen der Mitgliedsländer und in der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht enthalten waren. Die direkte Demokratie wird gestärkt. Und es gibt ein verbrieftes Recht zu arbeiten und einen frei gewählten oder angenommenen Beruf auszuüben.

Die Verfassung der Europäischen Union wird am 29. Oktober 2004 in Rom unterzeichnet.
Am Tisch: Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Außenministerin Ursula Plassnik. (Foto: Hopi-Media)

Kultur im Aufbruch



DAS LIED VON DER FREIHEIT

5. November 1955

50 Jahre Wiedereröffnung der Wiener Staatsoper

Mit Richard Wagners »Götterdämmerung« war am 30. Juni 1944 in Wien der Opernbetrieb eingestellt worden. Wirkliches Feuer fiel damals vom Himmel: Bomben der alliierten Luftwaffen. Im März 1945 sank die Staatsoper in Schutt und Asche. Am 1. Mai 1945 begann die Staatsoper schon wieder ihre Vorstellungen in ihrem Ausweichquartier bis 1955, der Volksoper, mit der »Hochzeit des Figaro«.

»Fidelio«, Ludwig van Beethovens Oper, in der ein Kerker sich öffnet, in der die Freiheit beginnt: Wer wollte dabei nicht an das neue Österreich denken, dem mit dem Staatsvertrag seine Fesseln abgenommen wurden? Am 5. November 1955 wurde die wiederaufgebaute Wiener Staatsoper mit »Fidelio« feierlich eröffnet. Karl Böhm, damals auch Staatsoperndirektor, stand am Dirigentenpult, es sangen Anton Dermota den Florestan und Martha Mödl die Leonore. In den Logen: der Bundespräsident, die gesamte Bundesregierung und alles, was im Österreich des Jahres 1955 Rang und Namen hatte.

Unter den Ehrengästen war auch der Maler Oskar Kokoschka, der dann die wiedereröffnete Staatsoper in einem berühmt gewordenen Gemälde festhielt. Der Jubel kannte keine Grenzen. Tausende Opern-Enthusiasten waren Tage und Nächte Schlange gestanden, um zu einer der 539 Stehplatzkarten zu kommen. Der Bariton George London kam einmal zu ihnen und labte sie mit Kaffee.

Doch noch tiefer in die Seelen der Wiener Musikfreunde drang am nächsten Tag, dem 6. November, »Don Giovanni« von Wolfgang Amadeus Mozart ein, ebenfalls von Karl Böhm dirigiert, mit Anton Dermota und Leonie Rysanek in den Hauptpartien; mit »Don Giovanni« war der Neubau am Ring 1869 eröffnet worden. 1955 folgten die Premieren von »Die Frau ohne Schatten« von Richard Strauss, Verdis »Aida«, Wagners »Meistersingern«, »Der Rosenkavalier« von Strauss sowie, eine erste Verneigung vor der Moderne, »Wozzeck« von Alban Berg.

Für die Kunst trotz großer Not

Vom späteren Bundeskanzler Ing. Julius Raab wurde schon am 24. Mai 1945 der Beschluss verkündet, die Staatsoper wieder aufzubauen – trotz größter Wohnungsnot, trotz Mangels an Lebensmitteln und an Baumaterial. Nur das Foyer, das

Wiener Staatsoper: Das Logenrund im Wiederaufbau. (Foto: Österreichisches Theatermuseum)

Neubeginn in der Wiener Staatsoper 1955: »Fidelio« von Ludwig van Beethoven (Foto: BAA/ORF)

Hauptstiegenhaus, das Vestibül und die Loggia mit den Fresken von Moritz von Schwind waren erhalten geblieben. Der Zuschauerraum wurde nach Plänen des Architekten Erich Boltenstern in relativer Schlichtheit aufgebaut.

So wie Karl Böhm bekannte sich auch dessen Nachfolger in der Direktion, der Dirigent Herbert von Karajan, zum Repertoire-Betrieb in der Wiener Staatsoper, weil dieser »eine viel weitere geistige Planung« erlaubt als das Stagione-Prinzip.

15. Oktober 1955

50 Jahre Wiedereröffnung des Wiener Burgtheaters

Vorhang auf für das klassische österreichische Historiendrama, für »König Ottokars Glück und Ende« von Franz Grillparzer! Der Jubel will nicht enden nach Grillparzers Hohem Lied auf den Nationalcharakter: »Allein, was not tut und was Gott gefällt / der klare Blick, der offne richt'ge Sinn /da tritt der Österreicher hin vor jeden / denkt sich sein Teil / und läßt die andern reden!« Berühmte Namen geben diesem Abend Glanz: Hedwig Bleibtreu, Judith Holzmeister, Raoul Aslan, Albin Skoda, Attila Hörbiger, Ewald Balser, Fred Liewehr. Das eben erst eingeführte Fernsehen überträgt – natürlich noch in Schwarzweiß.

Mit dieser Premiere feierte Österreich die Eröffnung des Burgtheaters nach dem Wiederaufbau. Der üppige Stuck im Logenrund aus der Originalausstattung von 1888 war für immer verloren, aber die technische Ausstattung der Bühne auf dem neuesten Stand. Eine Woche später wurde Schillers »Don Karlos« gegeben, mit Werner Krauß und einem späteren Star des internationalen Films, Oskar Werner. Und dann »Der Verschwender« von Ferdinand Raimund mit dem Publikumsliebling Josef Meinrad. Bühnen aus Stockholm, Krakau, Oslo, Belgrad, Mailand kamen schon in der ersten Saison zu Gastspielen. Die »Burg« war wieder aufgenommen in die große europäische Theaterfamilie.

Burgtheater 1955: »König Ottokars Glück und Ende« von Franz Grillparzer mit Ewald Balser als König Ottokar und Judith Holzmeister als Kunigunde (Foto: BAA/ORF)

Burgtheater 1955: »Der Verschwender« von Ferdinand Raimund mit Josef Meinrad als Valentin und Inge Konradi als Rosa (Foto: BAA/ORF)

Das Burgtheater in Wien, 1945 ausgebrannt. (Foto: »Die Presse«/Archiv)

Im April 1945, während der Eroberung der Stadt durch die Rote Armee, war das Theater ausgebrannt. Die Ursache blieb ungeklärt. Zwei Nächte und einen Tag lang loderten die Flammen. Seit Sommer 1944 war die Bühne geschlossen. Schon am 30. April 1945 traten die Burgschauspieler wieder vor ihr Publikum. Weil ab 20 Uhr Ausgangssperre herrschte, musste die Premiere von Grillparzers »Sappho« am Nachmittag beginnen. Das Ausweichquartier bis 1955 war das »Ronacher« – eine hundert Jahre alte Varietébühne in der Wiener Innenstadt.

Dort fehlte die gewohnte Aura des Burgtheaters, das von Kaiser Joseph II. 1776 als »Nationaltheater nächst der Burg« gegründet worden war. Aber dafür hatten die Wiener wieder ihr Welttheater zurück: Es spielte wieder die in der NS-Diktatur verfemten Autoren fremder Länder sowie die österreichischen Dramatiker, die verboten waren, wie Arthur Schnitzler oder Hugo von Hofmannsthal.

Das Fernsehen in den Kinderschuhen: Die ersten Kameras im Studio (Foto: »Die Presse«/Archiv)

1. August 1955

50 Jahre Fernsehen in Österreich

»Hier ist das Fernsehen des Österreichischen Rundfunks mit seinem öffentlichen Versuchsprogramm«: Mit dieser Ansage begann am 1. August 1955 ein neues Medienzeitalter in Österreich. Die Rückkehr in die Freiheit und Unabhängigkeit hatte auch für den Rundfunk zehn lange Jahre gedauert. Die vier Besatzungsmächte hatten sich 1945 die Radiosender gesichert und machten für ihre vier Zonen Programm.

Erst nach und nach kamen die Radiostudios wieder unter öffentliche Verwaltung – im Westen vorerst unter die Kontrolle der Bundesländer. Die Republik rückte nach, wo die Alliierten auf Radioanlagen verzichteten, und baute Senderketten aus. Dieser anwachsende Österreichische Rundfunk stand unter einer provisorischen öffentlichen Verwaltung durch den Minister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe. Ein UKW-Sendernetz wurde aufgebaut, und seit 1952 experimentierte man auch mit dem schon in der dreißiger Jahren erfundenen Fernsehen.

Wenige Wochen nach der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrags war bereits in einer ehemaligen Schule in Wien-Meidling ein Fernsehstudio eingerichtet. Am 1. August 1955 begann das Versuchsprogramm mit einer Diskussion der Chefredakteure großer österreichischer Tageszeitungen. Das erste Markenzeichen des neuen Mediums

war ein Bild des Wiener Stephansdoms. In den USA gab es damals bereits 35 Millionen Fernseh-Zuschauer, in England mehr als vier Millionen, in der Bundesrepublik Deutschland 284.000.

Anfangs wurden jeden Montag und Mittwoch Nachmittag und jeden Samstag abends von Sendern in Wien, Linz und Graz Fernsehprogramme in flimmerndem Schwarzweiß für kaum mehr aus tausend Besitzer von Fernsehgeräten ausgestrahlt. Viele Neugierige liefen zu den Schaufenstern von Elektrogeschäften, um wenigstens einen Blick auf das für die meisten noch unerschwingliche Medium der elektronischen Bilder zu werfen. Kaffee- und Gasthäuser stellten für ihre Gäste Fernsehgeräte auf.

Kultur auf dem Bildschirm

Österreichische Kunst und Kultur waren von Anfang an ein deutlicher Programmschwerpunkt. Als im Herbst 1955 das Burgtheater und die Staatsoper wiedereröffnet wurden, waren bereits die Fernsehkameras dabei.

Am 27. Jänner 1956 stellte sich der Österreichische Rundfunk erstmals mit einer Eurovisions-Sendung in den westlichen Nachbarländern vor: mit der Übertragung des Festaktes aus dem Salzburger Festspielhaus anlässlich der 200. Wiederkehr des Geburtstages von Wolfgang Amadeus Mozart. Am 1. Jänner 1957 begann dann der regelmäßige Sendebetrieb. In den ehemaligen Filmstudios Schönbrunn entstanden zahlreiche Fernsehspiele nach großen literarischen Vorlagen unter Mitwirkung bekannter Publikumslieblinge aus dem Wiener Burgtheater, dem Theater in der Josefstadt und dem Wiener Volkstheater.

Mit dem Neujahrstag 1969 und der Übertragung des Neujahrskonzerts der Wiener Philharmoniker in alle Welt begann auch in Österreich das Fernsehen in Farbe. Die sensationellste Übertragung des Jahrhunderts warf freilich noch Schwarzweiß-Konturen auf die Bildschirme: Neil Armstrong am 21. Juli 1969 auf dem Mond.

Bereits im Dezember 1957 wurde mit der Gründung der Österreichischen Rundfunksgesellschaft m.b.H. der Weg in die Unabhängigkeit aufgetan. Im Jahr 1966 beschlossen ÖVP und FPÖ nach einem Volksbegehren für einen unabhängigen Rundfunk das Österreichische Rundfunkgesetz, mit dem der ORF begründet wurde.

Damals wurden in Österreich bereits 750.000 Fernsehteilnehmer gezählt. Nach mehreren Reformversuchen wurde im Jahr 2001 der Programmauftrag neu formuliert und der ORF in eine öffentlich-rechtliche Stiftung umgewandelt. Gleichzeitig wurde durch die Zulassung von terrestrischem Privatfernsehen auch in Österreich entsprechend dem europäischen Standard das so genannte duale Rundfunksystem verwirklicht.

Heute gibt es in Österreich mehr als 3,1 Mio. Rundfunkhaushalte.

26. Oktober 1955

50 Jahre Wiedereröffnung der Spanischen Hofreitschule

Weiße Pferde, rotweißrote Fahnen, die Spitzen von Staat und Kirche: Am 26. Oktober 1955 wurde mit einer Gala der Spanischen Hofreitschule nicht nur Österreichs Freiheit und Souveränität, sondern auch die Heimkehr der Lipizzaner in die Wiener Hofburg gefeiert.

Am Tag davor, dem 25. Oktober, hatte der letzte fremde Soldat Österreich verlassen. Figuren wie die Parade zwischen zwei österreichischen Flaggen, der Pas de Trois, die Levade, Courbette, Kapriole, Ballotade und zuletzt die große Schlussquadrille rissen die Gäste zu Beifallsstürmen hin.

Die Republik bewahrt und pflegt diese kulturelle Erbschaft der Habsburger-Kaiser seit 1918 in der Hofreitschule und im Bundesgestüt Piber in der Steiermark. Seit dem späten 16. Jahrhundert werden in Österreich die Lipizzaner gezüchtet. An keinem Ort der Welt wurde die hohe Renaissance-Schule der Reiterei so rein und sorgsam bewahrt wie in Wien.

Als Österreich 1938 von der politischen Landkarte verschwand, wurden Reitschule und Zucht dem deutschen Heer eingegliedert. Das Gestüt Piber wurde während des Weltkriegs nach Hostoun (Hostau) in der heutigen Tschechischen Republik verlegt. Die Wiener Hengste übersiedelten wegen der Bombengefahr aus der Hofburg in den Lainzer

Major Alois Podhajski vertraut die Hengste der Spanischen Hofreitschule am 7. Mai 1945 in Oberösterreich dem Schutz von General George S. Patton und der US Army an. (Foto: Lipizzaner Museum, Wien)

Anmut und Schönheit: Die Spanische Hofreitschule in Wien. (Foto: SHR)

Tiergarten und zwischen Februar und April 1945 nach St. Martin bei Ried im Innkreis (Oberösterreich). Dort stellte sie am 7. Mai 1945 der Leiter der Reitschule, Oberst Alois Podhajsky, unter den Schutz von General George S. Patton und der amerikanischen Armee.

Kulturboten in aller Welt

Auch die Zuchtpferde aus Hostoun erreichten Österreich in einer abenteuerlichen Rettungsaktion mit amerikanischer Hilfe. Hauptquartier der Spanischen Hofreitschule wurde ein Gut im oberösterreichischen Bad Wimsbach in der amerikanischen Zone.

Schon bald zeigten Pferde und Reiter ihre Kunst in einer Halle in der oberösterreichischen Stadt Wels. Seit 1948 gingen die Lipizzaner wieder auf Tournee in alle Welt. Das erste Gastspiel fand 1948 in der Schweiz statt, es folgten Reisen nach Italien, die USA, Frankreich, Belgien, Dänemark, die Niederlande, Spanien. In England ritt Queen Elizabeth II. im Juli 1953 auf dem Hengst Pluto Theodorosta.

Erst nach dem Staatsvertrag wurde die Rückführung der Hofreitschule aus dem oberösterreichischen Exil nach Wien begonnen. Die Spanische Hofreitschule blieb bis im Jahr 2000 eine Dienststelle des Landwirtschaftsministeriums und wurde dann gemeinsam mit dem Bundesgestüt Piber aus der Bundesverwaltung ausgegliedert.

Präsident des Ehrenkomitees der Hofreitschule ist seit 2002 König Juan Carlos von Spanien.

Österreich in der Welt

45 Jahre im Einsatz für die UNO

FRIEDEN UND SICHERHEIT

Mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen am 14. Dezember 1955 übernahm Österreich wie alle UN-Mitglieder auch eine Mitverantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit. »Call the Austrians« wurde seit 45 Jahren oft als Ruf gehört im internationalen Krisenmanagement, wenn »Peace Support Operations« vorbereitet wurden. Das erste Mal richtete im Sommer 1960 der kurz darauf im Kongo bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommene UN-Generalsekretär Dag Hammerskjöld die Bitte an Österreich, die UNO mit Soldaten und Gerät zu unterstützen. Dieser Einsatz (ONUC) sollte die kriegerischen Auseinandersetzungen beenden, die ausgebrochen waren, nachdem die Kolonie Belgisch-Kongo in die Unabhängigkeit entlassen worden war. Das UN-Sanitätskontingent der Republik Österreich war bis September 1963 im Einsatz. Es wurde aus 166 Freiwilligen gebildet – darunter waren schon zwei weibliche Mitglieder in Uniform als Sanitätsassistentinnen.

Die Freiwilligkeit wurde als Prinzip im 1965 beschlossenen »Verfassungsgesetz über die Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen« verankert. Rund siebzig Mal erging seither an Österreich die Einladung, sich im Ausland zu beteiligen. Nach der UNO ersuchten ab den neunziger Jahren auch die OSZE und die Europäische Union um die Mitwirkung von Beobachtern und den Einsatz von Truppen.

Die längsten Einsätze führten das Bundesheer nach Zypern (1964 bis 2001) und auf die Golan-Höhen zur Überwachung des Truppentrennungsabkommens zwischen Israel und Syrien. Dort tun seit 1974 bis heute über 400 Soldaten im »AUSBATT« Dienst – bis in eine Höhe von 2.841 Meter, wo am Mount Hermon der weltweit höchste Wachposten der UNO eingerichtet ist. Zur Friedenssicherung auf dem Balkan war Österreich an der IFOR (96/97) und SFOR (1997 bis 2001) mit bis zu 290 Mann und 100 Fahrzeugen beteiligt. In Albanien bauten 400 Angehörige

Österreichische »Blauhelme« seit 1974 als Friedenssicherungstruppe auf den Golan-Höhen. (Foto: HBF)

45 Jahre Peace-Keeping

Österreichische Freiwillige erstmals als Sanitäter im UNO-Einsatz 1960 im Kongo. (Foto: HBF)

des Bundesheers 1999 ein Feldspital für Flüchtlinge aus dem Kosovo auf. Österreich unterhält im Kosovo ein Kontingent von rund 500 Mann, das vor allem Polizeiaufgaben wahrnimmt. 280 Mann wurden 2004 zu der von der EU aufgestellten EUFOR-Truppe nach Bosnien-Herzegowina entsandt.

Militärbeobachter und Experten gingen das erste Mal in den Jemen 1963, später in den Iran und Irak, nach Kuwait, West-Sahara, Georgien, Südafrika, Guatemala, Kroatien, Äthiopien, Eritrea.

Das Bundesheer war an zahlreichen Unglücksorten rasch zu Stelle: Bei den schweren Erdbeben in Skopje (1963), Friaul (1976), Titograd (1978), Calabritto (1980), Armenien (1988), Afghanistan (1998), Türkei (1999), Algerien (2003), Iran (2004), bei der Dürrekatastrophe von Biafra (1968 bis 1970), beim Hochwasser in Mosambik (2000). Ein technisch auf dem letzten Stand ausgerüstetes »Austrian Humanitarian Contingent« kann rasch an jeden Punkt der Welt geflogen werden.

1. August 1975

30 Jahre Helsinki-Schlussakte

Am 1. August 1975 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs von 33 europäischen Ländern sowie der USA und Kanadas in Helsinki die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Sieben Jahre zuvor hatte der Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei den als »Prager Frühling« bekannten Versuch, der Demokratie und den Menschenrechten Geltung zu sichern, gewaltsam ein Ende bereitet. Danach begannen Ost-West-Gespräche über eine militärische Abrüstung, in denen auch die Sicherstellung von Bürgerrechten als Voraussetzung einer inneren Entspannung im Sowjetblock rasch ein Thema wurde. Alle diese Bestrebungen mündeten in einer internationalen Konferenz in Helsinki 1975. Von den damaligen europäischen Ländern fehlte nur Albanien.

Menschenrechte für ganz Europa

Die künftigen Ost-West-Beziehungen wurden in Helsinki in so genannten »Körben« festgeschrieben. »Korb I« enthält die Übereinkünfte zur Sicherheit und beginnt mit der Aufzählung von Prinzipien, zu deren Einhaltung sich die Signatarstaaten verpflichteten – so zur »Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-,

Unterzeichnung der Schlussakte in der Finlandia-Halle in Helsinki am 1. August 1975. Der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt neben dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker, dem amerikanischen Präsidenten Gerald Ford, dem österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky und dem belgischen Ministerpräsidenten Leo Tindemans. (Foto: AKG-Pressebild)

Religions- oder Überzeugungsfreiheit«. »Korb II« wurde der Zusammenarbeit auf den Gebieten der Ökonomie, Ökologie, Wissenschaft und Tech-nik gewidmet. Im »Korb III« (Menschenrechte) wurden die Bedingungen von Besuchen, Familienzusammenführungen und journalistischer Arbeit verbessert.

Mit der Unterzeichnung des Schlussdokuments wurde diese Konferenz in eine ständige Einrichtung übergeführt, die die Einhaltung der Beschlüsse überwachte und den »Helsinki-Prozess« weiterentwickelte. Auf die Unterschriften ihrer Staats- und Parteiführer sollten sich in den folgenden Jahren immer lauter Bürgerrechtsbewegungen in den kommunistischen Ländern berufen. Schon im Mai 1976 wurde in Moskau die »Internationale Helsinki-Föderation für Menschenrechte« gegründet. An der Spitze standen Elena Bonner, die Frau des Dissidenten und Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow, sowie der Physiker Juri Orlow. Bald folgten weitere Menschenrechtsorganisationen – wie die »Charta 77« in der Tschechoslowakei und »Solidarnośc´« ab 1979 in Polen.

Von Wien aus unterstützte Karl Schwarzenberg als Vorsitzender der österreichischen Helsinki-Gruppe die Aktivisten jenseits des Eisernen Vorhangs. 1985 wurde Karl Schwarzenberg Präsident der Internationalen Helsinki-Föderation. 1989 erreichten die KSZE-Politik sowie die Bürgerrechtsbewegungen mit ihren friedlichen Mitteln ihr Ziel: Der Eiserne Vorhang und die Berliner Mauer fielen.

Pariser KSZE-Konferenz im November 1990: Im Inneren der Tafel sind die KSZE-Länder markiert. (Foto: ap)

21. November 1990

15 Jahre Charta von Paris

Ein Jahr nach dem Fall des Eisernen Vorhangs im Herbst 1989 kamen die Staats- und Regierungschefs der KSZE-Länder zu einem Gipfeltreffen in Paris zusammen und unterzeichneten eine »Charta für das neue Europa«.

Dieses auch als »Charta von Paris« bekannte Dokument beginnt mit dem Bekenntnis: »Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden. Europa befreit sich vom Erbe der Vergangenheit. Durch den Mut von Männern und Frauen, die Willensstärke der Völker und die Kraft der Ideen der Schlussakte von Helsinki bricht in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an. Nun ist die Zeit gekommen, in der sich die jahrzehntelang gehegten Hoffnungen und Erwartungen unserer Völker erfüllen: unerschütterliches Bekenntnis zu einer auf Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhenden Demokratie, Wohlstand durch wirtschaftliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit für alle unsere Länder«.

Ebenso verbürgten sich die KSZE-Staaten für »freie und faire Wahlen« sowie für den »Schutz der Rechte der Minderheiten«. Für die Zukunft wurde ein Rat der Außenminister eingerichtet.

Seit 1993 hat die KSZE ihr Generalsekretariat in Wien, 1995 wurde sie in die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) umbenannt und mit zusätzlichen Aufgaben betraut. Im Jahr 2000 führte Österreich in der OSZE den Vorsitz mit der Außenministerin Benita Ferrero-Waldner an der Spitze.

1905/2005

100 Jahre Friedensnobelpreis Bertha von Suttner

Die erste Frau, die mit dem Friedens-Nobelpreis ausgezeichnet wurde, war 1905 die österreichische Schriftstellerin und Friedensaktivistin Bertha von Suttner. Damals war sie 62 Jahre alt und als Verfasserin des in alle Weltsprachen übersetzten Buchs »Die Waffen nieder!« längst weltberühmt.

In diesem 1889 veröffentlichtem Roman finden sich Erinnerungen an die Kindheit, an den Waffenstillstand nach dem schleswig-holsteinischen Krieg: »Wie müsste die Welt erst aufatmen – dachte ich damals zum ersten Mal – wenn es allenthalben hieße: die Waffen nieder – auf immer nieder! Ich trug das Wort in die roten Hefte ein. Daneben aber schrieb ich verzagt, zwischen Klammern: ›Utopia‹... Es musste doch irgendwo jemand geben, der es hätte ändern und aufheben können, der diesen Alp von meiner Brust und von der ganzen Menschheit mittels eines Machtwortes hätte abwälzen können – und die Sehnsucht verzehrte mich, diesem jemand mich zu Füßen zu werfen und zu flehen: Hilf ab – aus Barmherzigkeit, aus Gerechtigkeit hilf ab! – Die Waffen nieder – nieder!!« Bertha von Suttner starb 1914 in Wien, mitten in den Vorbereitungen für einen Friedenskongress, wenige Wochen, ehe der Erste Weltkrieg ausbrach. Der Weltfrieden war Utopie geblieben.

Bertha von Suttner, 1843 – 1914: Als erste Frau gewann die österreichische Schriftstellerin und Kongressaktivistin 1905 den Friedensnobelpreis. (Foto: BAA)

»Wer am besten für die Verbrüderung der Menschheit, die Herabminderung der Heere und die Förderung von Friedenskongressen gewirkt hat«, sollte nach dem Willen des Dynamit-Erfinders Alfred Nobel seinen jährlichen Friedenspreis gewinnen.

Bertha von Suttner entsprach dieser Forderung ideal: Sie gründete nach dem Erfolg ihres Bekenntnisromans »Die Waffen nieder!« die österreichische Gesellschaft der Friedensfreunde, vertrat Österreich auf zahlreichen Weltfriedenskongressen, wurde Vizepräsidentin des Internationalen Friedensbüros in Bern und gab mit dem Wiener Alfred Hermann Fried (der 1911 den Friedens-Nobelpreis bekam) die Zeitschrift »Die Waffen nieder!« – später umbenannt in »Die Friedens-Warte« – heraus. Alfred Nobel förderte noch zu seinen Lebzeiten ihre Arbeit durch Spenden.

Bertha von Suttners pazifistisches Werk wird von mehreren Vereinen in Österreich sowie von der Suttner-Gesellschaft Prag und dem Suttner-Archiv in Genf erforscht und fortgeführt. In Österreich gibt es drei, in Deutschland 14 Schulen, die sich Bertha von Suttner zur Namenspatronin gewählt haben.

Impressum:
Medieninhaber (Verleger): Bundeskanzleramt, Bundespressedienst Abt. I/4
A-1014 Wien, Ballhausplatz 2, Tel.: +43 (1) 531 15-2424, Fax: +43 (1) 531 15-2880
E-Mail: i5@bka.gv.at, www.bka.gv.at
Redaktion: Dr. Helmut Wohnout
Text und Gestaltung: Planungsbüro 2005, Dr. Hans Haider, hans.haider@bka.gv.at
Grafik: Fine Line, Wien
Bildnachweise: Wo nicht anders angeführt, liegt das Copyright beim Bundespressedienst.